

Berlinische



Geegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

15 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben wertig. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ - Sonntag die illustrierte Beilage „Zeithilber“ und „Literarische Umherwandlung“ - Mittwoch „Reise und Wanderung“ - Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigepreise: nm-Zeile 20 Pfennig, Familien-Anzeigen nm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein-Verlag, Georg Dörmann, Verlagsredaktion am Anst. d. Handeltreib. Carl M. L. Berlin, Ullstein-Verlag. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs (A) 202-203 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 202-203, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 6900.

Briand berichtet Boinearé

Neue Richtlinien für Genf

Nachrichtendienst der „Berliner Zeitung“

1st Paris, 14. September

Die im heutigen Ministerrat erfolgte Erneuerung der beiden neuen Kabinettsmitglieder und die innerpolitisch sehr bedeutenden Konsequenzen, die von der Erweiterung des Kabinetts zu erwarten sind, haben hier das Interesse an den Vorgängen in Genf außerordentlich hoch in den Vordergrund treten lassen, und das, obwohl Briand eigens nach Paris gekommen ist, um über den Stand der Verhandlungen zu berichten und sich für ihre Fortsetzung am Sonntag neue Instruktionen zu holen.

Gestalt das offiziöse Communiqué über den Ministerrat erwähnt nur ganz nebenbei, daß der Außenminister ein längeres Referat über seine Besprechungen in Genf gehalten habe. Auch in den Blättern sind die Informationen darüber sehr spärlich. Bezüglich der Zukunftsgang will wissen, daß das Kabinettsmitglied Briand Haltung in Genf gutgeheißen und ebenso einverstanden mit dem für die Festsetzung der Stimmungsverhältnisse vorgeschlagenen Richtlinien gestimmt habe. Briand selbst wird, mit neuen Instruktionen versehen, morgen vormittag die Adresse nach Genf antreten.

Äußerliches über seine neuen Instruktionen in Erfahrung zu bringen, ist einwärtig nicht möglich. In unverständlichen Stellen will man inwieweit wissen, daß nach dem Bericht Briands die Verhandlungen in Genf in der Frage der europäischen Kooperation fortgesetzt werden, aber, soweit bisher bekannt wurde, eine sehr ruhige, aber auch entschlossene Haltung gegenüber den für den 7. Oktober in Briand-Neustadt bevorstehenden gleichzeitigen Rundgebungen der Heimvernehmer und des republikanischen Schutzbundes einnimmt. Weil zweifellos bei der Sozialdemokratie der Bündnis abzuwärt, alles an tun, daß es in Briand-Neustadt zu keinen Zusammenstößen kommt, liegt die Schwere kommunistische Partei noch weiterhin, um den Sozialdemokraten Freigang und Zurückziehen vorzunehmen.

Der Kampf um Wien Wird es ohne Zusammenstöße abgehen?

Nachrichtendienst der „Berliner Zeitung“

kl Wien, 14. September

Seit heute beginnt hier der sozialdemokratische Parteitag, der sich in der Hauptsache mit der Frage des Österreichischen und den beschleunigten Regierungsverhandlungen für seine teilweise Aufhebung beschäftigt. Der Parteitag gibt eine Reihe von Beschlüssen heraus, die, soweit bisher bekannt wurde, eine sehr ruhige, aber auch entschlossene Haltung gegenüber den für den 7. Oktober in Briand-Neustadt bevorstehenden gleichzeitigen Rundgebungen der Heimvernehmer und des republikanischen Schutzbundes einnimmt. Weil zweifellos bei der Sozialdemokratie der Bündnis abzuwärt, alles an tun, daß es in Briand-Neustadt zu keinen Zusammenstößen kommt, liegt die Schwere kommunistische Partei noch weiterhin, um den Sozialdemokraten Freigang und Zurückziehen vorzunehmen.

Ständesoberer Dr. Seipel, der am Montag in Wien die Besprechungen noch auch mit der Opposition aufnehmen wird, und der seinen Aufenthalt in Genf etwas abgeklärt haben dürfte, obwohl offiziös behauptet wird, daß er nicht beabsichtigt hatte, der gegenwärtigen Verhandlung beizutreten, dürfte schon dem öffentlichen Führer der Heimvernehmer, Dr. Seipel, keine Zweifel beunruhigen haben, daß der Aufmarsch der Heimvernehmer für ihn wegen der beschleunigten Ständesammlungen in einem sehr unermesslichen Ausmaß kommt.

Angewiesen wird von den Sozialisten sowohl von rechts wie links ganz uninteressant gestellt. Aber man darf darauf rechnen, daß sowohl die sozialdemokratische Parteileitung wie die bürgerlichen Parteien alle tun werden, damit es nicht zu einer Parteiprobleme kommt. Ein radikales Wendebild behauptet, Sozialdemokrat Dr. Seipel werde nicht weniger als 2000 Wiener Bürger, Kommunisten und Briand-Neustädter anführen, alle mit Gewehren, Revolvern und Schießwaffen reichlich ausgerüstet. Auch die gesamte Wiener Kommunistenpartei werde nach Briand-Neustadt beordert werden. Darauf antwortet die Polizeidirektion, eine Verstärkung der Briand-Neustädter Wache durch die Wiener Sicherheitswache sei nicht geplant. Die Wiener Polizei werde

Dazu wird allerdings gefragt werden müssen, daß es vielleicht schon zu weit geht, überhaupt von einer Verhandlungsbasis zu sprechen, denn nach den hier vorliegenden Informationen sind in Genf gewisse Schwierigkeiten nicht einmal formell, sondern faktisch denn diskutiert werden. Die beiden Besprechungen der Schutzbund-Konferenz dürften sich mehr oder weniger darauf beschränken, zunächst einmal die beiderseitigen Positionen festzustellen und eine Probezeit zu finden, die den späteren Verhandlungen, die entweder in gemischten Kommissionen oder auf dem diplomatischen Wege von Regierung zu Regierung geführt werden sollen, ein Maximum von Erfolgsaussichten zu sichern imstande ist.

Die beiden großen Ideen, um die sich diese Ausrede dreht, sind die Mobilisierung eines Teils der deutschen Schulden, verbunden mit Zahlungsgarantien für den Rest der in ihrer Gesamthöhe noch festzulegenden deutschen Reparationsverpflichtungen und die erst in ihrer zweiten Fassung die Konferenz wider angelegte Schutzbundfrage. Aber, wie sofort es handelt sich hier einmütig um eine Anzeigengattung allgemeiner Natur, die den Rahmen für die weiteren Besprechungen bilden sollte, die aber noch keineswegs als definitive Verhandlungsumlage angesehen werden können.

In beiden Fragenkomplexen besteht zwischen dem, was die Alliierten fordern und dem, was Deutschland beizuliegen zu können glaubt, nur eine sehr feine Kluft, und erst die neue Zusammenkunft der sechs Großmächteigenen am Sonntag wird zeigen können, ob eine Aussicht besteht, sie durch gegenseitige Konzessionen überbrücken zu können. Hier ist man in dieser Hinsicht überaus vorsichtig und man kann nur wünschen, daß dieser Optimismus eine prompte Realisierung findet.

Belgians Heeresgesetz verabschiedet

Nachrichtendienst der „Berliner Zeitung“

akt Brüssel, 14. September

In der Kammer wurde heute abend die Militärgesetzgebung verabschiedet. Mit 97 gegen 1 Stimme wurde in letzter Sitzung des Dienstgesetzes angenommen, das für 23.000 Mann des Kontingents von 44.000 Mann eine Dienstzeit von acht Monaten vorlegt, für Artillerie, Kavallerie, Flugschwadronen, Zügel- und Reserveoffiziers- und Unteroffiziers-Abteilungen eine solche von 13, 12 und 14 Monaten mit einer monatlichen Vergütung von 400 Francs für jeden Mann nach Befreiung des ersten Monats.

Die Sozialisten, ebenso wie die sämtlichen Nationalisten (Frontisten), hatten vor der Abstimmung den Entschluß gefaßt, angenommen werden ebenfalls mit 97 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen von Liberalen des Gesetz zur Regelung der Sperrgesetze im Heere. Die Sozialisten haben auch an dieser Abstimmung nicht teilgenommen.

Das Sperrgesetz erhöht die Ausbildung des Soldaten in seiner Muttersprache zum Grundgesetz, zu dessen Durchführung inwieweit einseitige Formationen errichtet werden, deren innerer Betrieb ausschließlich in der betreffenden Sprache stattfinden; hingegen werden Schriftsätze, die die gesamte Armee angehen, in beiden Sprachen ausgesetzt, die künftighin die Offiziere vollständig beherrschen müssen.

Um die Befreiung der Rheinlande

Von Georg Bernbard

* Genf, 14. September

Die Nachricht, daß morgen in Berlin eine Sitzung der ausgenüßigt dort weilenden Minister stattfinden und daß deren Entscheidung von Bedeutung für die Stellungnahme der deutschen Delegation in Genf sein werde, hat hier befreifreierweise einen Zustand von Hochspannung geschaffen, und sie ist noch dadurch gesteigert worden, daß in der französischen Presse über die gestrigen Besprechungen der Genf-mündigen Vertreter eine Reihe von Einzelheiten mitgeteilt worden sind, die bisher hier noch nicht bekannt waren. Namentlich der Stufung von Marcel Ray im „Petit Journal“ hat hier ganz besonders genützt, da seit Jahren die Artikel dieses hervorragenden Journalisten während der Genfer Tagung gleichzeitig im hiesigen „Genevois“ zu erscheinen pflegen und somit zur regelmäßigen Morgenlektüre aller an den Völkerbewegungen interessierten Leser gehören. Um wesentlichen befristigen diese Aufgabe für die französischen Presse das, was bereits über die ausgenüßigte Situation in der „Berliner Zeitung“ mitgeteilt werden konnte. Nachdem nun einmal über unsere Abhandlungen hinaus Mitteilungen lanciert worden, scheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß Marcel Ray bereits von Beschlüssen der gestrigen Konferenz manches ungesagt hat, was durchaus noch nicht beabsichtigt, sondern vorläufig lediglich vorgeschlagen ist, und von dem auch wohl angenommen werden muß, daß es sich um entgeltlichen Fiktion noch eine wesentlich andere Gestalt bekommen wird.

Bevor darauf eingegangen werden kann, müssen zunächst einmal Ausflüßigkeiten von „Berling“ im „Genève Paris“ richtiggestellt werden, die geeignet sind, in der deutschen öffentlichen Meinung falsche Vorstellungen zu erwecken. „Berling“ ist, wie bekannt, einer der schärfsten Gegner der ausgenüßigten französischen Regierung, und er weiß auch ganz genau, daß bei der Gefühlsüberstimmung zwischen den Nationalitäten aller Länder diese Artikel begierig von den deutschen Nationalisten aufgegriffen werden. Indem er so der deutschen nationalistischen Presse willkommenes Material liefert, verhält er die Einigung, soweit sie überhaupt möglich ist, zu fördern. Die beiden Artikelgenossen der von den Nationalisten angelegentlich geforderten „Anticommunistenmission“ ist auf diese Weise zurückzuführen. In Wirklichkeit ist von einer solchen Kontrollkommission überhaupt keine Rede. Richtig ist allerdings, daß auf deutscher Seite gegen den Wunsch der Einbürgerung irgendwelcher Kommission ein sehr starkes Misstrauen bestanden hat und zum Teil auch noch besteht. Es wäre in der Tat eine große Zustimmung für die deutsche öffentliche Meinung, wenn jetzt eine durch Parteifreie irgenwelche Art von „Elements stabilis“ oder „Elements permanents“ eingeführt werden sollte, nachdem es in mehrfachen langen Verhandlungen in Genf, insbesondere im Jahre 1926 gelungen war, die Errichtung derartiger, wie immer benannter befonderer Instanzen auszusprechen. Für die deutsche Politik bildet der nur unter Zwang angenommene Berliner Vertrag die äußerste Grenze derjenigen Zugeständnisse, die Frankreich im Augenblick erlangen wird — im Hinblick auf die Ereignisse befindet sich diese Angelegenheit noch immer — ob man nicht in irgenwelcher Form den französischen Wünschen entgegenkommen, so müßte eigentlich die Dienstzeitstellung in Deutschland, soweit sie überhaupt behebbar ist, davon überzeugt sein, daß es sich nur um Wünsche handeln kann, deren Verwirklichung kein A und B von dem bisherigen Bestand der deutschen Politik bedeutet.

Die Franzosen und die übrigen Bevölkerungsmassen überleben sich darin, zu betonen, daß überhaupt an dem Berliner Vertrag im Augenblick nicht anzutreten wünschen. Sie haben allmählich gelernt, wie empfindlich das deutsche Gemüt diesen Verträge gegenüber ist. Diese Mächte wünschen vielmehr, im Gegensatz zu der Stimmung, die man zunächst nach der Rede Briands haben konnte, die Politik von Bernbard vorzuziehen. Der neue Bericht mußte bereits an den Stufen der Besprechungen am Sonntag die Artikel fertig bei Streitigkeiten zwischen den Mächten die Anrufung des Völkerbundes vor. Von den Franzosen wird nun darauf hingewiesen — wobei ganz dahingestellt bleiben soll, ob sie mit ihren Behauptungen recht haben oder nicht —, daß möglicherweise noch der Rheinländerinnung